



Pressemitteilung

Bündnis Mainz Wiesbaden: Jetzt wird geklagt

Mainz / Wiesbaden, 03.06.2009: „Jetzt wird geklagt“, so Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.

Anlässlich einer hierzu am heutigen Tage einberufenen Pressekonferenz führte Marc Legg weiter aus: „Nachdem der von uns beauftragte Anwalt Dr. Klinger sowohl für die Musterkläger als auch die dem Bündnis beigetretenen Kommunen Eltville, Walluf und Rheingau-Taunuskreis die Widerspruchs begründungen bei der SGD Süd eingereicht hat, wenden wir uns nun dem nächsten Verfahrensschritt zu und werden in Kürze einen Eilantrag beim OVG Koblenz einreichen“.

Rechtsanwalt Dr. Klinger betonte die außerordentlichen guten Erfolgsaussichten für das Eilverfahren: „Es gibt keinen schlechteren Standort für ein Kohlekraftwerk als diesen. Denn das Rhein-Main Gebiet ist schon jetzt eine der am stärksten mit Luftschadstoffen belasteten Regionen Deutschlands“.

Marc Legg ergänzte unter Hinweis auf eine eigens hierfür mitgebrachte Playmobilbaustelle: „Auf dieser Playmobilbaustelle ist mehr Bautätigkeit zu erkennen als auf der KMW-Phantombaustelle. Wir sorgen dafür, dass dies auch so bleibt“.

Flankiert werden die Bündnisklagen durch die Klage der Stadt Wiesbaden. Die Stadt Wiesbaden wird hierbei gleich von zwei Anwaltsbüros vertreten: Zum einen von dem in dem Widerspruchsverfahren für die Stadt Wiesbaden tätigen Wiesbadener Anwaltsbüro Buschlinger & Partner. Zusätzlich hat die Stadt Wiesbaden für das Eilverfahren eine in baurechtlichen Fragestellungen spezialisierte Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Kollegen aus Berlin beauftragt.

Des Weiteren ist das Rechtsanwaltsbüro Philipp-Gerlach & Teßmer aus Frankfurt vom BUND Rheinland-Pfalz beauftragt die naturschutzrechtlichen Belange im Klageweg geltend zu machen. Darüber hinaus vertritt der in Mainz ansässige Rechtsanwalt Carl Christian Müller die Interessen weiterer Privatkläger.

Während der Pressekonferenz erklärte der anwesende Bevollmächtigte der Stadt Mainz und Mitglied im Beirat des Bündnisses Dr. Konrad, dass auch die Stadt Mainz im immissionsschutzrechtlichen Verfahren nun Widerspruch und Klage einreichen wird und zudem auch dem Eilverfahren beitreten wird. Hierbei wird sie von Rechtsanwalt Dr. Jeromin aus Andernach vertreten.

„Damit koordiniert das Bündnis mittlerweile sechs Anwaltskanzleien, die alle ein Ziel haben: Das Kohlekraftwerk auf dem Rechtsweg zu verhindern. Vor diesem Hintergrund warne ich die KMW ausdrücklich davor, weitere Investitionen auf das Projekt zu tätigen. Es dürfte mittlerweile klar sein, dass nicht nur die Finanzierung ungeklärt ist. Wir sind auch fest davon überzeugt, dass wir die Klageverfahren gewinnen werden.“ so Marc Legg abschließend.